

Saale-Beitung.

Dierundvierzigster Jahrgang.

Erscheint täglich einmal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 593.

Halle a. S., Dienstag, den 20. Dezember.

1910.

Die Verfassung des Reichslandes.

Aus Elßaß-Lothringen wird der „Kölnischen Ztg.“ geschrieben:

„In den von der „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlichten Richtlinien tritt als Forderung gegenüber den Bestimmungen der ursprünglichen Entwürfe die Verschiebung des Termins für das Inkrafttreten des Gesetzes hervor. Ursprünglich war der 1. Juli 1911 in Aussicht genommen. Jetzt heißt es dagegen:

„Das Verfassungsgesetz soll hinsichtlich der Bestimmungen über die Bildung des Landtags mit dem Tage seiner Verkündung, im übrigen an einem durch kaiserliche Verordnung festzusetzenden Tage, spätestens am 1. Dezember 1912, in Kraft treten, das Wahlgesetz mit dem Tage seiner Verkündung.“

Man hätte es besser bei der ersten Bestimmung gelassen. Die Aufregung, die durch die Vorbereitungen zur Verfassungsergänzung in Elßaß-Lothringen und auch in Altdeutschland hervorgerufen worden ist, wird sich um so eher und tiefer legen, wenn die Neuordnung der Dinge zu einem nahe gelegenen Termin erfolgt. Die Schwierigkeiten des Überganges zu den neuen Verhältnissen braucht man nicht zu unterschätzen und kann doch überzeugt sein, daß sie nur größer werden, wenn man die eilige Einführung des Verfassungsgesetzes weiter hinauszieht. Da das Wahlgesetz und die Bestimmungen über die Bildung des Landtages früher in Kraft treten sollen, würde man in Elßaß-Lothringen längere Zeit — unter Umständen etwa anderthalb Jahre — teils nach den bestehenden, teils nach den neuen Gesetzen zu arbeiten haben. Solche Zwitterszustände erschweren des Einlebens in neue Verhältnisse und bieten gerade in Elßaß-Lothringen den Nationalitäten Stoff zu neuen Mißereien. Man sollte daher in diesem Punkte zu der ersten Fassung des Entwurfs zurückkehren.

Eine weitere Verschärfung des Verfassungsentwurfs ist darin zu erblicken, daß bei den Angaben über die Zusammenlegung der ersten Kammer in der Veröffentlichung der „Nordd. Allg. Ztg.“ die Zustimmung fehlt, daß auch Mitglieder von Arbeitervertretungen, sobald solche durch Gesetz in Elßaß-Lothringen eingeführt wären, in die erste Kammer gewählt werden sollen. Gerade in dieser Beziehung des ursprünglichen Entwurfs lag ein erfreuliches Bekenntnis sozialer Gerechtigkeit und ein gewichtiger Grund zugunsten der ersten Kammer, die im übrigen von den Elßaß-Lothringern nicht gerade entusiastisch begrüßt werden wird. Nachdem Preußen, das hinter dem Entwurf des Reichstags des Innern stand, sich mit der Zuziehung der Arbeitervertreter einverstanden erklärt hatte, wäre es interessant, zu erfahren, auf wessen Betreiben sie im Bundesrat aus dem Entwurf verschwinden sind.

Es ist begreiflich, daß die verbündeten Regierungen an die Stelle des aus der Landesgesetzgebung ausschließenden Bundesrats eine Körperschaft setzen wollten, die ihnen für die Durchführung einer leidenschaftslosen und gut deutschen Politik zuverlässiger erschien, als die unter Umständen nationalistischen Strömungen stark ausgelegte zweite Kammer. Dennoch wäre sie vielleicht entbehrlich gewesen, da sie dem Deutschum schwerlich mehr Sicherheit bietet, als die Regierung selbst und diese sogar in eine weit schwierigere Lage kommt, wenn einmal von beiden Kammern Beschlässe gefaßt werden, die sie nicht annehmen zu können glaubt. Und derzeitige Fälle werden auch dadurch nicht schlechthin unmöglich gemacht, daß der Kaiser bejagt ist, die Hälfte der Mitglieder der ersten Kammer zu ernennen. Dagegen kann man in der ersten Kammer nicht unbedingt eine Beinträchtigung der Landesgesetzgebung sehen; nur würde die Bereitwilligkeit, sich mit ihr abzufinden, bedeutend erhöht werden, wenn man die Zahl der vom Kaiser zu ernennenden Mitglieder nicht auf die Hälfte, sondern niedriger ansetzte. Ueber diesen Punkt werden wahrscheinlich im Reichstage die Ansichten am weitesten auseinandergehen, und besonders das Zentrum wird alles daran setzen, eine Veränderung der vom Bundesrat beschlossenen Fassung zu erreichen.

Das für die zweite Kammer in Aussicht genommene Wahlrecht ist teilweise dem Gesamtwahlrecht in Elßaß-Lothringen nachgebildet. Es hat dem notwendigen Parteiwettbewerb einigermaßen freien Spielraum gelassen. Die Einführung der Altersplatzstimmen erweist bei den breiten Massen der Bevölkerung will und wird daher zu Agitationszwecken, die gegen die Wahlrechtsgebung gerichtet sind, herhalten müssen, ohne etwa Vorteile für das Deutschum zu bringen. Auch gegen die „Wahlrechtsautoren“ wird daher im Reichstage Protest erhoben werden.

Entgegen dem Wunsche Sachsens, das Stichwahlen ebenfalls haben wollte, ist an der Nachwahl festgehalten worden. Praktisch läßt sich zugleich mit beiden Systemen dasselbe erreichen, wenn die Parteien Wahlabkommen treffen. Falls das nicht geschieht, bietet die Nachwahl aber die Mög-

lichkeit, kleine Schlappen, die man in der Hauptwahl erlitten hat, auszuweichen. Das gilt besonders dann, wenn der an dritter Stelle stehende Kandidat nur um wenige Stimmen hinter dem ersten und zweiten zurückgeblieben ist. Bei der Stichwahl würde er ausgeschieden, während er bei der Nachwahl noch einmal in den Kampf eintreten und unter allen Umständen die Differenz ausgleichen kann.

Elßaß-Lothringen erhält keine Stimme in Bundesrat. Da der Verfassungsentwurf aber an dem Reichslandscharakter Elßaß-Lothringens festhält, ist nicht zu erkennen, wie dieser Wunsch hätte erfüllt werden können. Der einzige Weg, auf dem das zu erreichen wäre — die Einführung einer Regentenschaft oder die Ernennung des Statthalters auf eine bestimmte Anzahl von Jahren oder auf Lebenszeit — ist aus staatsrechtlichen, auch von Landesherrn Bedenken vermoren worden; und er würde schließlich auch nichts anderes darbringen, als eine verschleierte Einführung der vollständigen bundesstaatlichen Autonomie. Und zu dieser können sich die verbündeten Regierungen noch nicht entschließen. Im Reichstage werden die Versuche gemacht werden, den Bundesrat doch noch zum Nachgeben zu bestimmen; aber es ist zu erwarten, daß in diesem Punkte jede Bemühung umsonst sein wird.

Der Kaiser und der Kirchenglauben.

Der Korvettenkapitän a. D. Traugott v. Koppelow hat wegen der Behandlung, die ihm bei seinem Kirchenaustritt zuteil geworden ist, vor wenigen Tagen eine Botschwerde an das Konfessionsrat der Provinz Brandenburg gerichtet, die lediglich im Verlage des Komitees „Constitutionlos“ als Nr. 2 der Flugblätter dieses Komitees erschienen ist. Der Korvettenkapitän a. D. v. Koppelow führte Ende der neunziger Jahre ein Kommando auf der Kaiserjacht „Hohenoller“ in Erbesbüchel bei seiner Botschwerde: Des Kaisers Persönlichkeit habe es verursacht, daß er „ganz mit der Kirche zerfallen“. Da diese Behauptung sicherlich zu Ausnahmeverhältnissen Anlaß geben wird, hätten wir uns für verpflichtet, die Ausführungen des Korvettenkapitäns a. D. im Wortlaut wiederzugeben. Er schreibt:

„Seine Majestät pflegt am Sonntag die vom Hofprediger entworfenen Predigt selbst vorzulesen. Wenn man beobachtet, wie der Kaiser jeden Satz, jedes Wort kontrolliert auf seinen Sinn und seine Hingebigkeit — manchmal Satz wird zum zweiten Male wiederholt — so achtet man überhaupt nicht mehr auf das Vorgezogene, sondern beschäftigt sich lediglich mit der Person des allerhöchsten Herrn. Was geht in diesem Jüchsen vor, wenn er sich Gottes Wort beschäftigt? Man sieht ordentlich — wenigstens damals Ende der neunziger Jahre war es noch so — wie er an manchem aufsummt. Es klingt ihm fremd, ungeschick. Aber er will es erfahren, denn der Staat und sein Regierungsgeschäft verlangen es von ihm. Was unser Kaiser will, das setzt er durch. Er hat sich zum Kirchenglauben gezwungen, weil er genau wie der Großgrundbesitzer auf dem Lande sitzt: Wenn ich mich wandend zeige, fällt alles um. Die rasende Energie seiner Majestät gegen seine eigene Person muß ihm dazu gebräut haben, durch Ausweglosigkeit diesen Standpunkt zu erfassen und daran festzuhalten. Seine göttliche Mission hat er in letzter Zeit verächtlich betont, während er im Jahre 1902 noch in Göttingen wörtlich sagte: „Freiheit für das Denken, Freiheit in der Weiterbildung der Religion und Freiheit für unsere wissenschaftliche Forschung! Das ist die Freiheit, die ich dem deutschen Volk wünsche und ihm erkämpfen möchte, aber nicht die Freiheit, sich nach Belieben selbst zu regieren.“ Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß Majestät die Mystik und den Pomp der katholischen Kirche zu bevorzugen beginnt vor dem verhältnismäßig einfachen protestantischen Kirchenbild. Man denke an die Worte des Kaisers in Bayreuth. Selbst der konsequente Monist fällt sich in dem Belbrand und Klängen und Singen eines katholischen Gottesdienstes betragen. Läßt man sich gehen, so ist man unrettbar verloren. Hypnotisch wirkt das Aushören dieses Gottesdienstes, dem ich mich auch stets wieder nach einem Besuch am Rhein entwinden muß. Wäre der Kaiser nicht durch seine Herrscherpflicht in diese Bahn gedrängt, so stände er nach meiner Ansicht in unseren Reihen.“

Das ist eine kühne Behauptung, deren Beweis, selbst wenn sie richtig wäre, völlig unmöglich ist. Es ist um so höher, als der Kaiser seinen kirchlichen Einstellungen nicht nur bei förmlichen Gelegenheiten Ausdruck zu geben liebt, sondern oft und nachdrücklich auch in Fragen, die Religion und Kirche nicht betreffen.

Deutsches Reich.

Der Reichskanzler und das Kartell deutscher Reichs- und Staatsarbeiterverbände.

Dem Kartell deutscher Reichs- und Staatsarbeiterverbände hat der Reichskanzler, wie die Zeitung des Verbandes deutscher Eisenbahnarbeiter und Arbeiter berichtet, auf die Mitteilung von der selbigen Gründung des Kartells und einer dabei gefaßten Resolution folgenden Bescheid zukommen lassen:

„Von der Gründung des Kartells Deutscher Reichs- und Staatsarbeiterverbände habe ich Kenntnis genommen. Ich spreche die zureichende Erwartung aus, daß das Kartell, getreu seiner Satzungen, sich die Pflege nationaler und vaterländischer Gesinnung angelegen sein läßt. Zu der mit gleichzeitiger überreichten Resolution um Herbeiführung einer allgemeinen Lohnverbänderstellung zu nehmen, bin ich nicht in der Lage. Für die individuelle Befragung des Arbeitsverhältnisses der Reichsarbeiter sind zunächst die einzelnen Landesbehörden, und für die Regelung des Arbeitsverhältnisses der Staatsarbeiter sind die Bundesstaaten, nicht das Reich zuständig. Ich muß es aus diesem Grunde den einzelnen in dem Kartell vertretenen Verbänden überlassen, sich wegen etwaiger Wünsche an die zuständigen Behörden des Reichs oder der Bundesstaaten zu wenden. v. Bethmann Hollweg.“

Kartell der Grafen Osten-Zacken.

Das Petersburger wird telegraphiert: Dem russischen Botschafter in Berlin Grafen von den Osten-Zacken ist der St. Andreas-Orden verliehen worden. In einem kaiserlichen Reskript an den Botschafter heißt es dazu u. a.: „Eingedenk Ihrer langjährigen Tätigkeit, welche auf die Erhaltung und Festigung der altbergräblichen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und dem Deutschen Reiche gerichtet war, halte ich es für gerecht, Ihnen wiederum meine Anerkennung auszudrücken.“

In diplomatischen Kreisen wird die dem Botschafter Grafen v. Osten-Zacken zuteil gewordene Auszeichnung als eine Belohnung für seine Verdienste um das Zustandekommen der Entzweiung von Pözdám bezeichnet. Man tritt aber auch sofort der Möglichkeit entgegen, daß die Auszeichnung als Vorzeichen des Rücktritts des Botschafters betrachtet werden könnte. Es wird erklärt, daß der Rücktritt des Botschafters weder auf deutscher, noch auf russischer Seite erwünscht wird. Auch der Gesundheitszustand des Botschafters habe sich in der letzten Zeit bedeutend verbessert. Sein Rücktritt würde überhaupt nur erfolgen, wenn er selbst den Wunsch äußern würde, bisher habe er diesen Wunsch nicht zu erkennen gegeben, im Gegenteil, er fühlt sich in Berlin außerordentlich wohl.

Der Geherrartikel des Prinzen Max.

Der griechische Abt Bellegrino von Grotta Ferrata berichtet, der den Prinzen Max von Sachsen mit seiner im vatikanischen Hofstaat Operatore Romano veröffentlichten Erklärung hinsichtlich, sehr unzu, wie der Berliner „Morgenpost“ aus Rom telegraphiert wird. Himmel und Erde in Bewegung, um den Prinzen wieder reinzuwaschen. Er erklärt neuerdings, der Prinz habe in dem Artikel über die Vereinigung der Kirchen nicht seine eigenen Gedanken und Gefühle dargelegt, sondern nur den Standpunkt der Orientalen festgelegt. Die Irrtümer, die der Artikel enthalte, seien Irrtümer der Orientalen. In der nächsten Nummer wird die Redaktion der Zeitschrift „Rom und der Orient“ diesen Irrtümern entgegenzutreten und den lateinischen Standpunkt klar und genau umgrenzen. Wenn man indes glauben sollte, daß der Prinz sich irgendwo einer subjektiven Verfälschung schuldig machte, so wird er als überzeugter Katholik, der er ist, nicht zögern, der Kirche und dem Papste die weiteste Genugtuung zu geben. Wie immer es sei, die römische Kirche wünsche kein Bündnis, sondern eine Vereinigung mit der griechischen Kirche und deren bedingungslosere Unterordnung unter den Papst. Der griechische Gesandte in Berlin, den der Korrespondent über die Angelegenheit interviewte, meinte sehr kühl, der Artikel des Prinzen Max werde im Orient keinen Widerhall wecken. Eine Vereinigung der beiden Kirchen sei eine Chimäre, mit der sich im Orient niemand beschäftigen würde.

Die Abbitte des Prinzen Max von Sachsen.

Prinz Max von Sachsen hat, wie in Dresden aus gut informierter Quelle verlautet, sich bereit erklärt, die in dem Artikel der Zeitschrift „Rom und Orient“ enthaltenen Behauptungen zu widerrufen. Der Vatikan ließ daraufhin erklären, daß der Papst sich nicht mehr erbarmen dürfte über den Prinzen zur Abbitte nach Rom kommen zu lassen. Der Prinz wird zu Weihnachten in Dresden am königlichen Hof entzweien. Sein Besuch wird in Verbindung mit der Affäre mit dem Vatikan gebracht.

Ein harter Rückgang des Bierverbrauchs.

Der Verbrauch im Rechnungsjahr 1909 in Deutschland ist gegenüber dem Verbrauch im nach amtlicher Berechnung um 5 Liter auf den Kopf zurückgegangen, nachdem schon im Jahre 1908 eine Abnahme um 5,6 Liter erfolgt war. Im ganzen hat seit dem Jahre 1900 ein Rückgang von 117,9 auf 100,2 Liter stattgefunden, also eine Verbrauchsabnahme um 17,7 Liter oder 14,9 v. H. Dabei ist in den Jahren des Jahres 1909 die Wirkung der Erhöhung der Brausteuer noch lange nicht voll zum Ausdruck gekommen.

Die gesamte Bierzeugung betrug im Rechnungsjahr 1909 38 200 583 Hektoliter gegen 39 948 260 im Jahre 1908 und 41 940 156 l. v. 1907, so daß gegenüber den vorangehenden Jahren ein Rückgang um 1 678 667 Hektoliter oder 4,2 v. H. stattgefunden hat. Westfalen und Rheinland hatten mit 8,5 Hektoliter die höchste, Ostpreußen mit 6,5 Hektoliter die geringste Bierzeugung pro Kopf. Westfalen und Rheinland hatten mit 8,5 Hektoliter die höchste, Ostpreußen mit 6,5 Hektoliter die geringste Bierzeugung pro Kopf.

Vertical text on the left margin containing numbers and small text fragments.

genommen, ein Beutel dafür, daß das Bier immer leichter zu trinken ist. Es sind 10 117 Doppelcentner Malz weniger verlangt worden als im Jahre 1908, was einem Rückgang um 9,7 p. h. ausmacht. Auf 1 Hektoliter Bier kamen nur 17,57 Kilogramm Malz gegen 18,62 Kilogramm im Jahre 1908, 19,50 i. J. 1905, 19,89 i. J. 1900, 20,70 i. J. 1895 und 21,59 i. J. 1890. Der Bierverbrauch betrug im Brauereigericht 79 (i. J. 1908 84) Liter auf den Kopf, in Elb-Bohringen 87,6 (98,2), in Baden 145,9 (149,8), in Württemberg 146,3 (152,8) und in Bayern 230,1 (235) Liter. Für das gesamte deutsche Zollgebiet berechnet sich danach der Verbrauch auf 100,2 Liter gegen 105,2 i. J. 1908, 110,8 i. J. 1907 und 111,5 i. J. 1906. Man muß bis 1891 zurückgehen, um einen geringeren Verbrauch als im Berichtsjahre zu finden. Für die ungünstige Lage des Brauereigerichts ist der Scheid der am Jahresanfang vorhandenen Brauereier nur 4789 betrug gegen 5590 i. J. 1908, 5792 i. J. 1907 und 6035 i. J. 1906. Während also in den Vorjahren nur ein Rückgang um je etwas über 200 erfolgt war, ging die Zahl im letzten Jahre um 822 zurück. Die Reineinnahme an Brauereier im Brauereigericht ist infolge der Erhöhung von 52,16 auf 57,13 Mill. Mk. gestiegen. Unter Hinzurechnung der Uebertragungsabgabe und des Eingangspostes betrug der Gesamtertrag der Bierabgaben 98,85 Mill. Mk. gegen 61,05 i. J. 1908, 40,27 i. J. 1900 und 30,24 i. J. 1890. Es macht dies auf den Kopf der Bevölkerung 192,5 Pf. gegen 123,1 i. J. 1908 und 78,6 i. J. 1890. Bayern erzielte eine Bierabgabe von 478 (im Vorjahre 492) Pf. auf den Kopf, in Württemberg wurden 412 (322), in Baden 324 (360), in Elb-Bohringen 833 (255) Pf. vereinnahmt. Im ganzen Reich kam auf den Kopf eine Bierabgabe von 240 Pf. gegen 180 Pf. im Jahre 1908.

## Parteinachrichten.

### Erzatzwahlen.

Die Landtagsersatzwahl im Wahlkreise Elbing-Marienburg an Stelle des Herrn v. Oldenburg-Kanushau, der bekanntlich sein Mandat niedergelegt hat, ist auf den 10. Dezember anberaumt worden. Die Kandidaturen haben den Deichhauptmann v. u. n. Elbing als Kandidaten aufgestellt. Auch in Dörpke hat es eine Ersatzwahl herbeigeführt. Der Reichstagsabgeordnete Eberhard Birckner ist im Alter von 64 Jahren in Marienburg gestorben. Birckner gehörte dem Zentrum an und vertrat seit dem Jahre 1902 den Wahlkreis Allenstein II. Bis zur letzten Landtagsersatzwahl war er auch Vertreter dieses Kreises im Abgeordnetentage.

(Bei den Reichstagswahlen 1907 wurde Abgeordneter Birckner mit 12.044 Zentrumstimmen im ersten Wahlgange gegen 3.880 politische, 3193 nationalliberale und 76 sozialdemokratische Stimmen gewählt. Außer der Legislaturperiode 1893-98 beendete der Wahlkreis stets im Besitze der Zentrumspartei. Im Jahre 1893 erzielte ihn die Polen, und zwar mit konfessioneller Hilfe. Das Zentrum beendete sich damals in Opposition gegen die Gariboldi-Ministerratsregierung, während bekanntlich die politische Freiheit durch den Einfluß des Herrn v. Rosetti für die Militärreform gewonnen worden war.

Die „Sammlungspolizei“ ist unübersichtlicher. Auch die „Kreuzzeitung“ ist davon überzeugt. Dem konservativen Blatt hat die Entzweiung des nationalliberalen Abg. Dr. Goerling den Beweis geliefert, daß eine Sammlungspolizei nicht mehr möglich ist, daß für die Konservativen auf ein Zusammenarbeiten mit den Nationalliberalen nicht mehr zu rechnen ist, abgesehen von solchen Fragen wie Reichsversicherungsordnung, Strafrechtsreform usw., in denen bestimmte Interessen der Nationalliberalen gämen, mit den Konservativen zusammenzugehen.“ — In ähnlichem Sinne hat der Reichstagsabg. v. Oldenburg-Kanushau am Freitag in Antrag in der Generalversammlung der westpreussischen Konventionen nach der „Kreuzzeitung“ erklärt: Die Freilichtungen stehen wir mit der Sozialdemokratie gleich. Bei den Nationalliberalen müssen wir einen Unterschied machen. Gehen sie eine Verpflichtung ein, bei Entscheidungen für die Konventionen anstimmen, dann werden die Konventionen ebenso handeln, tun sie dies nicht, dann stehen wir mit der Gewehr bei Fuß.

## Parlamentarisches.

Die Tagesordnung für die erste Plenarsitzung des Abgeordnetentages ist ausgegeben worden. Die erste Plenarsitzung findet wie bekannt am Dienstag, den 10. Januar 1911, nachmittags 1 Uhr statt. Unmittelbar nach der vorläufigen Konstituierung wird der Finanzminister den neuen Etat einbringen. Hieraus wird sich das Haus vertagen. Am gleichen Tage wird das Herrenhaus eine kurze Sitzung abhalten, um sich zu konstituieren.

### Hof- und Personalsnachrichten.

Der Kaiser, Prinzessin Viktoria Luise und Prinz Georg von Griechenland wohnten am Sonntag der Vorstellung im königlichen Schauspielhaus in der Hofloge bei. Gegeben wurde das Lustspiel „Der Störenfried“ von Robert Benediz. Der Kaiser und die prinzipalsten Herrschaften spendeten den Darstellern lebhaften Applaus. Montag hörte der Kaiser im Neuen Palais bei Potsdam den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts, Wirklichen Geheimen Rats von Valentini.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts v. Ribbenow hat sich mit vierzehntägigem Urlaubsdienst nach Sibirien begeben.

Die Staatssekretäre Dr. Deßloch und Bernuth sind Sonntag nachmittags nach Weimar abgereist.

## Ausland.

### Italien und die Türkei.

Wie aus Konstantinopel dem „R. T.“ telegraphiert wird, mußte der italienische Botschafter von neuem einen ausführlichen Artikel der türkischen Presse gegen Italien bei der Flotte protokollieren. Es handelt sich speziell um die Zeitung „Kas“ (den Redakteur des vor kurzem vom Kriegssieger überschriebenen „Gemein“) In diesem Blatt wird den Italienern ein „politisches Manifest“ zur Verfügung gestellt, das sich so wie gewöhnlich reißt und nicht ohne gewisse Gründe die unzufriedene Masse des türkischen Volkes gegen Italien aufregt.

Der Chefredakteur und ein Redakteur des Organes der Demokraten sind auf Befehl des Kriegesgerichts verhaftet worden. Es scheint, die Verhaftung sei erfolgt wegen eines gegen die Tätigkeit der Freimaurer in der Türkei gerichteten Artikels.

### Folgen einer Ferrer-Verurteilung.

Aus Prag wird gemeldet: Die beiden Referenten einer am 30. Oktober unter Kömigen aufgelösten Ferrer-Verurteilung, Bartolich und Bömer, wurden von der hiesigen Staatsanwaltschaft unter Anklage gestellt. Die Anklage lautet gegen Bartolich, der Ferrer nur erwähnt hatte, wegen Entzweiung ungeschiehlicher Handlungen und gegen Bömer auf Religionsförderung.

### Reorganisation der griechischen Armee.

Aus Athen wird gemeldet: Seit langem wird in Athen von dem Wunsch der Regierung, die Reorganisation der Armee einem hohen französischen Offizier anzuvertrauen, gesprochen. Nunmehr hat die französische Regierung ihre Einwilligung dazu gegeben, daß ein General als Reorganisationschef nach Griechenland geht. In seiner Begleitung werden sich mehrere französische Offiziere befinden. Es besteht auch die Absicht, einen englischen Offizier als Reorganisationschef der hellenischen Marine zu berufen und zwar spricht man hier von dem hohen aufgenießenden englischen Admiral Sir Edmund Po.

### Reise des spanischen Königs ins Mittelmeer.

König Alfons wird sich am 5. Januar nach Melilla einschiffen. Der König geht über die Reise große Begeisterung.

### Protest gegen die portugiesische Regierung.

Das Walliser Blatt „Memento“ veröffentlicht aus einer vatikanischen Korrespondenz folgende Nachricht: Als die Verfolgungen bekannt wurden, welche seitens der neuen portugiesischen Regierung gegen die Mönche verübt worden waren, telegraphierte Präsident Taft an den amerikanischen Gesandten in Lissabon, er möge der portugiesischen Regierung mitteilen, die Vereinigten Staaten seien durch die Verfolgungen der Kongregation ungünstig beeinflusst, und wenn die Verfolgungen fortgesetzt würden, wären die Vereinigten Staaten nicht in der Lage, die neue Republik anzuerkennen. Auf Grund dieser Mitteilungen hat die portugiesische Regierung die Mönche alsbald wieder in Freiheit gesetzt.

### Chines Verfassungsamt.

Der 18. Dez. Durch einen heute veröffentlichten kaiserlichen Erlass ist die Verfassung des Reichsausschusses, worin der Thron gebeten wurde, den Großen Staatsrat abzuschaffen oder ihn zu einer dem Volk verantwortlichen Körperlichkeit umzuwandeln, abschlägig beschieden worden. In dem Erlass wird ausgedrückt, daß die Mitglieder des Großen Staatsrats vortreffliche und treue Ratgeber seien, und daß die Einziehung eines Kabinetts sowie die Ernennung von Beamten Vorrechte des Thrones seien, mit denen der Reichsausschuß sich nicht befassen sollte. Der Erlass wird morgen im Reichsausschuß besprochen werden. Man sieht der Erörterung mit großer Spannung entgegen, da die Mitglieder des Reichsausschusses drohen, daß der Reichsausschuß auseinandergehen werde.

## Kongresse und Verbandstage.

### Generalversammlung des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankierverbandes.

S. u. H. Berlin, 17. Dez. 1910.

Der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankierverbandes hat heute nachmittag hier in seinem Bureau zu seiner diesjährigen Generalversammlung zusammen, die unter Leitung des Vorsitzenden, Geheimrats Professor Dr. Kießer, stand. Hieraus ersieht man, daß der Verband sich seit der letzten Generalversammlung, namentlich in diesem Jahre seit der letzten Plenarsitzung für die volkswirtschaftliche und nationale Bedeutung des Bank- und Bankierwesens eine erstezeitige Zunahme erfahren hat, so ist doch auch heute noch Zahl und Einfluß der grundbesitzlichen Überfluter unseres Gewerbes nicht gering. Den Einfluß dieser Schichten auf unsere Gesetzgebung und Verwaltung zu mehren und zu kräftigen, hatten wir im gegebenen Zeitpunkt, gemeinsam mit wohl fühlenden Vertretern des deutschen Gewerbestandes für die Fortsetzung des Tages. Es geriet uns deshalb zur Genugthuung, feststellen zu können, daß der Handelsbund, an dessen Gründung auch wir teilgenommen haben, sich aus in diesem Falle in erfreulicher Weise entwickelt hat.

Die in unserem Gewerbe allseitig bestehenden guten Beziehungen zwischen Chef und Angestellten nach Kräften zu pflegen und zu fördern, ist auch in diesem Jahre unser lebhaftes Bestreben gewesen. Höchst erfreulich hat sich der Beamtenversicherungs-Verein des deutschen Bank- und Bankierverbandes entwickelt. Der Mitgliederbestand des Zentralverbandes hat im vergangenen Jahre einen Gesamtzuwachs von 110 Firmen erfahren. Wir erwidern hierin ein erfreuliches Zeichen für das immer mehr wachsende Bewußtsein der Berufsgenossen, von der Notwendigkeit eines Zusammenschlusses. Wir sehen hierin auch ein Zeichen des Vertrauens darin, daß die Leitung des Verbandes stets bereit und gewillt ist, die berechtigten gemeinsamen Interessen des Gewerbes zu fördern und zu verteidigen. (Beschl.) Der Vorsitzende Geheimrat Kießer schloß darauf die Verhandlungen mit folgenden Worten: Ich hoffe, daß die nächsten zehn Jahre uns wenigstens einen Teil der Kämpfe ersparen werden, die wir im vergangenen Jahrzehnt durchgeführt haben. Ich hoffe, daß sich immer mehr die Ueberzeugung durchdringen wird, daß zur Erfüllung der Aufgaben des Vaterlandes die beiden Zweige, das mobile und das immobile Kapital gehören. Beide sind gleichberechtigt, beide sind notwendig zur Erfüllung der Aufgaben der Gesamtwirtschaft (Stanol).

## Halle und Umgebung.

Halle a. S., 20. Dezember.

### Stadtverordneten-Sitzung

Halle, 19. Dez.

Am Vorstandstisch die Herren Geh. Kommerzienrat Steudner, Amtsrat Höppling, Baumeister Gygas und Fabrikant Friebe. Eingetragen ist eine Petition des Ortsverbandes der Deutschen Gewerbetreibenden und des Gewerbetreibenden der Gemeindearbeiter H. D., worin um Einführung von Arbeiter-

ausstellungen und Erhöhung der Löhne für die hiesigen Arbeiter gebeten wird. Die Eingabe geht an den Petitionsausschuß.

Eine Petition des Ortsverbandes der deutschen Gewerbetreibenden bittet um Einführung des paritätischen hiesigen Arbeitsnachweises; sie wird auf 6 Wochen zurückgelegt. Weiter gibt der Herr Vorsteher bekannt, daß der Magistrat hinsichtlich der von den Stadtverordneten gebotenen

### Vorlegung der Personalisten

beschlossen habe, die Akten jederzeit den Stadtverordneten vorzulegen, wenn sie es durch besonderen Beschluß verlangen. Bei Anstellung von Beamten soll es jedoch ohne weiteres gelassen. Der Magistrat begründet seinen Standpunkt näher, u. a. durch den Hinweis auf andere Städte. Auf Antrag des Herrn Schmidt impler wird die Frage des Rechts- und Verfassungsausschusses zur Sprache kommen. Der Herr Vorsteher hat, daß die nächste Stadtverordnetenversammlung erst am 9. Februar stattfinden könne.

Danach tritt man in die Tagesordnung ein. 1. In der Entscheidungsgasse Weg — Leipzigerstraße Nr. 105/6 — hat der Magistrat unter dem 20. September 1910 beschloffen, von der Besetzung des Rechtsweges gegen die von Bezirks-Ausschuß festgesetzte Entscheidung Abstand nehmen, sofern dies auch von der Gegenseite geschieht. Der Grundbesitzer einmütig erklärten sich gleichfalls mit der Höhe der Entscheidung einverstanden erklärt hat, er sucht der Magistrat, seinem Beschlusse zuzustimmen und die erforderlichen Mittel — 26.800 Mark nebst den geleisteten Zinsen — aus der Anteile von 1900 zu bemitteln.

Herr St. Gygas empfiehlt die Vorlage. Der eine Sachverständige hat 1000 Mark für das Terrain in der Leipzigerstraße und 4000 Mark für das Quadratmeter für das Terrain in der Gr. Märkerstraße gebietet, der andere 800 Mk. bzw. 300 Mk. Der Bezirksauschuß hat dann das Mittel angenommen.

Die Verammlung stimmt zu. 2. Im Kellergehöf des Hauses Gr. Märkerstr. 14 sollen bauliche Veränderungen vorgenommen werden. Es kommt hierbei ein Raum in Frage, der infolge Festsetzung einer Erbeverteilung für das Grundstück von der Grundstücksgemeinschaft angefallen ist. Diese Erbeverteilung entspricht nicht der heutigen hiesigen Grundbesitz. Das gleiche gilt für die ebenfalls noch planmäßig für die Grundstücke Große Märkerstraße Nr. 13 und 16 vorgesehenen Erbeverteilungen. In Uebereinstimmung mit der Stadtbaudeputation erlaubt der Magistrat daher die Stadtverordneten-Versammlung, die in Uebereinstimmung der entgegenstehenden früheren Beschlüsse mit Aufhebung der Erbeverteilung für die Grundstücke Große Märkerstraße 13, 14 und 16 einverhandelt zu erklären. Die Verammlung stimmt zu. (Herr St. Gygas.) 3. Die Königl. Eisenbahndirektion plant die Ausführung einer

## Verbindungsbahn zwischen der Halle-Kasseler- und Halle-Leipziger-Bahn.

Gelegentlich der Auslegung des Planes hatte der Magistrat im hiesigen Interesse bezüglich verschiedener Punkte Einspruch erhoben, der, wie der Ref. Herr St. Gygas berichtet, im wesentlichen leider fruchtlos geblieben ist. U. a. hätte der Magistrat gefordert, daß die Ueberführung der Eisenbahn über die Alte Leipziger Chaussee eine nicht Straßenbreite von 20 Metern anstatt der geplanten 18 Meter erhalte, der Magistrat habe dieses zureichend damit begründet, daß die fluchtlinienmäßige Breite der Straße 33,3 Meter ist und es sich hier um die große Automobilstraße nach Leipzig handelt, die mit der Zeit sich sehr an Bedeutung gewinnen wird. Gemäß dem Schreiben der Eisenbahn-Direktion vom 9. Oktober ist diese bereit, vorbehaltlich der Feststellung des Planes durch den Minister der öffentlichen Arbeiten, dieser Ueberführung eine nützliche fluchtlinienmäßige Breite von 20 Metern zu geben, sofern auf eine Vergrößerung der etwaigen zur Ueberführung erforderliche, im hiesigen Eigentum stehende Flächen der Alten Leipziger Chaussee verzichtet und die Fortsetzung fallen gelassen wird, daß der Ausbau der Leipziger Chaussee dem Einpruche des Magistrats gemäß erfolgt.

Bei der Wichtigkeit einer großen fluchtlinienmäßigen Breite für die Straße hat der Magistrat die Fortsetzung des Straßengrundstückes als ausweichendes bereits fallen gelassen, auch ist er bereit, der Fortsetzung der königlichen Eisenbahn-Direktion befall, der Randabtreibung nachzukommen; es handelt sich um rund 400 Quadratmeter.

Die Verammlung genehmigt die Vorlage. 4. Die Bank für Handel und Industrie in Halle beabsichtigt den Umbau der Geschäftsräume in ihrem Hause Alte Promenade Nr. 3. Durch einen Vorkaufbau soll die fluchtlinienmäßige an der Front der Alten Promenade um rund 40 Quadratmeter überhöht werden. Bedenken hiergegen liegen bei der großen Breite des Bürgersteiges nicht vor. Die Verammlung tritt dem Magistratsantrage bei, wonach eine jährliche Wertenerhöhungsbetrag von 5 Mark festgesetzt wird. (Herr St. Gygas.)

Bei der Wichtigkeit einer großen fluchtlinienmäßigen Breite für die Straße hat der Magistrat die Fortsetzung des Straßengrundstückes als ausweichendes bereits fallen gelassen, auch ist er bereit, der Fortsetzung der königlichen Eisenbahn-Direktion befall, der Randabtreibung nachzukommen; es handelt sich um rund 400 Quadratmeter.

Die Verammlung genehmigt den Antrag. (Herr St. Gygas.) 6. Wie Herr St. Gygas ausführt, unterbreitete am 23. Mai d. J. der Magistrat der Verammlung eine Vorlage über die Instandhaltung bzw. den

### Umbau des Anbaues am „Roten Turm“.

Nach dem Entwurfe des Hochbauamtes sollten die zuhergehenden Anbaueisenwerke ausgebaut werden; von der Stadtbaudeputation wurde jedoch empfohlen, die Bausteinflächen mit einem dem alten Bauewerk entsprechenden Putz zu versehen. Die Kosten zur Ausführung waren auf 38.000 bzw. 40.500 Mark veranschlagt. Durch Beschluß der Verammlung vom 20. Juni d. J. wurde die Vorlage an den Magistrat zurückgegeben, um einen Kostenaufschlag aufzustellen, welcher eine Verblendung der Bausteinflächen mit Gaudestein vorsetzt. Gleichzeitigkeit sollten die veranschlagten Kosten des inneren Umbaus nochmals geprüft werden. Der Magistrat hat demzufolge einen Kostenaufschlag zur Verblendung der Anbaueisenwerke mit Baustein aufgestellt. Hiernach würden die Kosten der Sand-



feinverbildung 35 000 Mark und die des inneren Umraumes, welche auf ihre Richtigkeit nochmals geprüft worden sind, 37 500 Mark, die Gesamtkosten demnach 72 500 Mark betragen.

In Uebereinstimmung mit der Stadtbaudeputation hat der Magistrat beschlossen, sowohl von der Verbleibung mit der Bestimmung, als auch von dem Fügen der Anstaltsflächen Abstand zu nehmen. Der Magistrat beantragt demnach die Inanspruchnahme bezw. den Umbau des Anbaues am „Koten Turm“ nach dem Kostenanlage vom 30. Oktober 1909 zu genehmigen. Der Herr Kommissar der Bauverwaltung hat mit diesen Maßnahmen einverstanden. Die Kosten sollen in folgender Weise gedeckt werden: 18 000 Mark aus dem Spar- und Überschüssen 1909, 9750 Mark aus dem Reize-Fonds, der Rest von 10 200 Mark soll in den Haushaltsplan 1911 als einmalige Ausgabe unter Kapitel II eingestellt werden.

Herr Stv. Gngas empfiehlt namens des Bauausschusses die Vorlage, wendet sich dabei aber noch gegen einen Beschluß des Finanzausschusses, der die Bedürfnisanstalt nach der westlichen Seite verlegt wissen will.

Herr Stv. Colberg als Referent des Finanzausschusses vertritt dagegen den Antrag auf Verlegung der Bedürfnisanstalt, die in ihrer jetzigen Platzierung das Bild des Turmes sehr ungünstig beeinflussen.

Herr Stv. Emmer wendet sich gegen die Verlegung; sie würde, da man auch die Klägruben dann fortnehmen müßte, mindestens 10 000 Mark kosten. Die Räume der jetzigen Bedürfnisanstalt würde man, wegen der üblen Gerüche, nicht als Läden vermieten können.

Herr Stv. Kautsch bemerkt, daß regelmäßig, wenn es sich um eine Bedürfnisanstalt handle, eine Debatte entfiel. Aus künstlerischen Rücksichten, im Interesse des ungehörigen Eindrus unleserlichster Bauwerke, empfiehlt es sich, die Bedürfnisanstalt nach der Westseite zu verlegen. Dort auf jener Stelle, wo jetzt die Anstalten untergebracht seien, gäbe gerade der Roland die Blicks des Behauers an. Wegen der Gerüche möge man sich keine Sorgen machen.

Herr Stadtkonrat Zacharia erklärt sich für den Standpunkt des Bauausschusses. Wollte man die Anstalten verlegen, so würde das erhebliche Kosten machen.

Herr Stv. Herzau bittet, die Anstalten dort zu befestigen, wo sie sind. Navizoro neesse est, und wer sich ihnen jemals in sich zwingende Lage begeben hat, der weiß, wie es manchmal dabei auf jeden Schritt ankommt. Wo die Anstalten jetzt sind, liegen sie am bequemsten. Aus hygienischen Gründen möge man sie also dort lassen. Die Gerüche seien auch zu schwer aus den Räumen, die man zu Läden machen wolle, herauszutreiben.

Herr Stv. Probst glaubt nicht, daß die Kosten der Verlegung sehr hoch sein werden. Die Läden, die man dort einrichten könne, würden jedenfalls in ihren Mieterträgen die Mehrkosten reichlich eintreiben.

Herr Stv. Reichardt hält die Kosten der Verlegung für nicht bedeutend. Mit 600 Mk. z. B. lasse sich schon eine Grube anlegen. Wegen der Gerüche möge man sich nicht sorgen. Bei dem Umbau bleibe im Inneren kein Stein auf dem andern; der Fuß und das Holzwerk, die Träger der Gerüche, würden vollständig erneuert.

Mit 23 gegen 21 Stimmen beschließt die Versammlung Verlegung der

**Bedürfnisanstalten nach der Westseite.**

7. Herr Stv. Döhler trägt folgende Magistratsvorlage vor:

Schon nach Erbauung der ersten Krematorien machte sich auch in Halle das Bedürfnis geltend, eine Stätte zur Aufbewahrung der Aschereste herbeizuführen zu schaffen. Da die Zahl der Anhänger der Feuerbestattung stetig zunimmt und auch die Einschränkung heiliger Einwohner, zumal nach Fertigstellung des Krematoriums in der Kaulsdorfer Allee Leipzig, sich immer mehr einbürgert, ist die Notwendigkeit zur

**Schaffung eines Kolumbariums**

immer dringender geworden.

Bereits seit mehreren Jahren besteht die Absicht, einen Graboden des Stadtgottesackers in ein Kolumbarium umzuwandeln. Die ersten Entwürfe zu einer Anlage lassen sich nur die Unterbringung der Aschereste in Kapellen, welche in verschlossenen Kammern aufbewahrt werden können, vor. Dem Wunsch der freien Aufstellung der Aschereste im Inneren wurde durch Aufstellung eines neuen Entwurfs zum Teil Rechnung getragen, welcher jedoch durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 14. Februar 1910 durch das Hochbauamt nochmals, aber in anderer Formgestaltung, neu aufgestellt werden sollte.

Von dem hierauf vorgelegten drei Entwürfen ist nunmehr der mit C bezeichnete zur Ausführung vorgezogen worden. Der hierzu gehörende Kostenantrag schließt mit 4600 Mark ab.

In Uebereinstimmung mit der Friedhofs- und Stadtbaudeputation beantragt der Magistrat: die Errichtung eines Kolumbariums in dem Graboden Nr. 85 des Stadtgottesackers nach dem Entwurfe C gutzuheißen und sich ferner damit einverstanden zu erklären, daß zur Deckung der nach dem Kostenantrage auf 4600 Mark ermittelten Baukosten der im Haushaltsplan 1909 eingestellte und in der Selbstverwaltung geführte Betrag von 2000 Mark aus dem Vermögen der Friedhofserwaltung um 1700 Mark vergrößert wird.

Die Versammlung stimmt debattelos zu.

8. Nach dem mit dem Provinzialverband geschlossenen Vertrage betr. Uebertragung eines Wäges zum Bau eines Provinzialmuseums ist die Stadtgemeinde zur Ertragung des Geschenktempels in Höhe von 5971 Mk. verpflichtet. Der Magistrat beantragt, diesen Betrag aus dem gemeindefinanziellen Dispositionsfonds zu bewilligen, da bei der Kap. VI. B. II. 6 zur Verfügung gestellten Mittel nahezu aufgebraucht sind.

Herr Stv. Helme d. e. fragt an, wieviel Mittel noch im Dispositionsfonds zur Verfügung sind.

Herr Bürgermeister v. Holtz entgegnet: 50—60 000 Mark. Darauf wird der Antrag angenommen. (Ref. Herr Stv. K. a. b. e.)

9. Die auf den ehemaligen Kiebelischen Ackerplänen ruhenden Renten sollen abgelöst werden. Die Ablösungskapitalien in Höhe von 6270,47 Mark will man dem Substanzgelderfonds entnehmen. Die Versammlung stimmt zu. (Ref. Herr Stv. Döhler.)

10. Durch das mit Revision nicht mehr anfechtbare Urteil des Königlich Oberlandesgerichts Raumburg vom 11. Oktober 1910 ist die dem Kaufmann Richard Krause, hier, zu gewöhnliche Entschädigung für die Enteignung des von seinem Grundstück A 1 einnehmenden 5 und A 10 Ackerstücke 1 studienmäßig zur A 10 Ackerstraße

entfallenden Landes rechtsträftig auf 10 125 Mark festgesetzt worden. Zum Zwecke der Hinterlegung der Entschädigung gemäß § 37, 3 des Enteignungsgesetzes, beantragt der Magistrat, die erforderlichen Mittel von 10 125 Mark nebst dem dem Exproprianten gesetzlich zuzurechnenden Zinsen und Kosten aus der Anleihe von 1900 zu bewilligen.

Die Versammlung genehmigt die Vorlage. (Ref. Herr Stv. K. a. u. h.)

11. Der Magistrat hat beschlossen, daß von der der Stadtgemeinde Halle gehörigen Parzelle Gemarkung Halle, Kartenblatt I Nr. 641, 65 in die dem Plane A — B — C — D — E — A — F — G — U — H — J — B bezeichneten Flächen von zusammen 9720 Quadratmeter Größe zum Preise von 5 Mark pro Quadratmeter, für die etwa 8750 Quadratmeter große Fläche A — B — C — D — E und zum Preise von 2 Mark pro Quadratmeter für die etwa 970 Quadratmeter großen Flächen A — F — G — U — H — J — B unter den in der Verhandlung vom 17. November 1910 enthaltenen Bedingungen an die Aktien-Gesellschaft Halleische Kaffeeerwerke, hier, veräußert werden.

Der Gesamtaufpreis beträgt etwa 45 690 Mk. Wegen des Baues dem im § 6 der Anstellung genannten Kanals läuft besondere Vorlage.

Herr Stv. Reuß beantragt, die Preise mit 10 bzw. 5 Mark festzusetzen. Der Antrag wird jedoch abgelehnt und die Magistratsvorlage angenommen. (Ref. Herr Stv. S. p. r. i. n. g.)

12. Die Baustelle 24 an der Kaiser- und Ringstraße soll zum Preise von 19 500 Mark an den Maurermeister Ernst Reichardt, hier, veräußert werden. Das Preisangebot des Herrn Reichardt, hiesig, um etwa 663 Mark hinter der Lage der Baudeputation zurück. Mit Rücksicht darauf jedoch, daß die Straßenausbaukosten für die noch nicht ausgebauten Kaiserstraße schon jetzt mit entrichtet werden, empfiehlt der Magistrat die Annahme des Angebots.

Die Versammlung tritt dem bei. (Ref. Herr Stv. K. a. u. h.)

13. Die Baustellen Nr. XIa und XIb an der Nordstraße sollen zum Preise von 13 Mark pro Quadratmeter für das Vorderland bis zu 25 Meter Tiefe und zum Preise von 6,50 Mark pro Quadratmeter für das Hinterland an die Herren Oberleutnanten August Kotte und Postkammer Karl Richter von hier veräußert werden. Das Preisangebot übersteigt die Lage der Baudeputation um 1 Mark pro Quadratmeter für das Vorderland und um 50 Pfg. pro Quadratmeter für das Hinterland. Der Gesamtaufpreis beträgt etwa 7416,50 Mark.

Die Versammlung genehmigt den Antrag. (Ref. Herr Stv. B. l. u. m. e. n. t. l. i. c.)

14. Die Herren Bauhandwerkermeister Emil und Reinhold Woff haben sich bereit erklärt, die ihnen vermieteten Räumlichkeiten in den Grundstücken Leipzigerstraße 2 und K. I. Sandberg 1 vom 1. Oktober 1911 ab für den bisherigen Mietzins von 1250 Mark weiter zu mieten. Sie haben aber die Bedingung gestellt, daß die Räumlichkeiten einer gründlichen Instandsetzung unterzogen werden. Die Kosten wollen sie zur Hälfte bis zum Höchstbetrage von 125 Mark tragen. Der Magistrat hat mit Rücksicht darauf, daß die Räume alt und unzeitgemäß sind, beschlossen, von einer Ausbesserung abzusehen und das Mietverhältnis unter den gleichen Bedingungen und für den bisherigen Mietzins von 1250 Mark auf unbestimmte Zeit zu verlängern, unter Vorbehalt der Kündigung mit Jahresfrist. Mit dem Betrage von 125 Mark zu den veranschlagten Instandsetzungsarbeiten hat sich der Magistrat bereit erklärt. Auch die Versammlung erteilt ihre Zustimmung. (Ref. Herr Stv. C. m. e. r.)

15. Der Maurermeister Hoppe beabsichtigt, auf seinem Grundstücke Friederichstraße 70 und Martialisstr. 4/5 einen Neubau zu errichten. Nach der Zustandsgutachten des Grundbesitzes ca. 0,60 Quadratmeter zur Martialisstraße und ca. 0,30 Quadratmeter zum hiesigen Grundstück. Mit dem Eigentümer ist vereinbart worden, beide Flächen als gleichmäßig auszuweisen. Das Kollegium erhebt keine Einwendungen. (Ref. Herr Stv. G. n. g. a. s.)

16. Die Rechnung der kaufmännischen Fortbildungsschule für das Rechnungsjahr 1909 wird entlastet. (Ref. Herr Stv. B. o. r. g. e. r.)

17. Der auf der Nordseite des Grundstücks der Halleischen Kaffeeerwerke entlang führende offene Graben bildet zurzeit die Vorflut für den Sammler Köhlerweg, Gemmlerstraße, Zuckstraße. In dem Entwurf für den im Jahre 1897 erbauten Sidanal war bereits vorgesehen, einen an der Ecke der ersten genannten beiden Straßen abzweigenden

**Regenauslaß nach der Saale**

herzuführen. Die Ausführung dieser Arbeiten wurde jedoch, da der städtische Stadtelte damals noch nahezu ungebaut war und bei starken Niederschlägen nur wenig Wasser lieferte, auf spätere Zeit verschoben. Nachdem die Bebauung im Süden inzwischen vorgeschritten ist, findet bei großen Regengüssen stets eine starke Ueberlastung des vorgenannten Sammlers statt. Die wiederholt hervorgerufenen Unzuträglichkeiten machen die baldige Herstellung eines Regenauslasses dringend nötig. In Uebereinstimmung mit der Stadtbaudeputation beantragt daher der Magistrat, dem Bau des Regenauslasses nach dem angeschlossenem Projekt und Kostenantrage zuzustimmen. Von den voraussichtlichen Kosten in Höhe von 50 000 Mark sind aus der Kanalanleihe 47 000 Mark zu bewilligen, während der Rest von 3000 Mark ein vertraglich in dieser Höhe von den Halleischen Kaffeeerwerken zu zahlender Kanalkaufpreis-Betrag zu verwenden ist.

Die Vorlage wird angenommen. (Ref. die Herren Stv. G. n. g. a. s. und F. r. o. b. k.)

18. Der Zentralverband der Handlungsschiffen und Schiffsmannschaften, Bezirk Halle a. S., bittet, für männliche und weibliche Handlungsschiffleute die Fortbildungspflicht durch Dringlichkeit einzuführen. Ferner bittet 19. der deutchnationale Handlungsschiffenverband, Dringlichkeit Halle a. S. die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, die Handelskammer Halle a. S. zu erlauben, nach dem Vorbild der Handelskammer in Magdeburg über die Zahl der hier beschäftigten, für den Fortbildungsunterricht in Frage kommenden jungen Mädchen über die Art ihrer Beschäftigung und ihre Vorbildung eine Umfrage zu halten. Beide Vorlagen werden vertat, da der Petitionsausschuß nach Unterlagen von der Handelskammer erbiten will. (Ref. Herr Stv. Döhler.)

20. Die Annahmer der unteren Leipzigerstraße bitten, ihrem Zubehör und Lastwagen, die in der Straße selbst nicht zu tun haben, vor allem auch mit Rücksicht auf das teure Hofpflaster, die Durchfahrt nicht länger zu gestatten, sondern die Fahrt in Richtung Bahnhof-Markt durch die Rathausstraße und die Richtung Markt-Bahnhof über die Bromme- oder anders zu leiten.

Herr Stv. Kühme beantragt namens des Petitionsausschusses Uebertragung zur Tagesordnung. Die Versammlung beschließt demgemäß.

21. Frau Frieda Mohr bittet um Erlass der Umlagesteuer für das unbebaute Grundstück Halle, Bld 7097, welches sie im Juangerverleierungsverfahren erworben hat, um von einer für sie eintragnehenden Grundschuld von 5600 Mark etwas zu retten. Die Petition wird durch Uebertragung zur Tagesordnung erledigt. (Ref. Herr Stv. G. o. r. t. e. r.)

22. Der ehemalige Feld- und Fortschaffner Schützer bittet um arbeitsfreie Regelung seiner Pension. Der Petitionsausschuß schlägt Uebertragung zur Tagesordnung vor, da sich Herr Schützer letzterer sieben würde als bisher, wenn man seinen Wünschen nachgeben wollte. (Ref. Herr Stv. B. o. r. g. e. s.)

Ueberhalb der Tagesordnung wurde für eine neue Straßendurch die Brandeisen-Stiftungen, die als Verlängerung der Ja 101 Straße den Steinweg mit der Lindenstraße verbinden soll, die Zustandsgutachten festgestellt.

**Literarische Gesellschaft.**

Die Literarische Gesellschaft hat gestern Abend die bekannte Dichterin Anneliese Heine und den jungen Grafen Hans Bethge als Gäste bei sich. Frau Anneliese Heine, eine der feinsten Erzählerinnen der Gegenwart, las eine äußerst interessante Geschichte von einer Frau vor, die von der Welt dahingerafft wird, und deren Tod dem Gestichten verhängen wird. Die Geschichte zeichnet sich ebenso durch ihre Gestaltungskraft wie durch Detailmalerei aus. Hans Bethge hat einen Vortrag, etwas philosophischen Ueberblick über die ästhetische Literatur und las im Anschluß daran einige Proben aus der ästhetischen Literatur vor.

**Prüfungskommission.**

In Stelle des Professors Dr. Mey wird der Professor der Botanik Dr. Karsten für die Vorprüfung und der Professor Dr. Fitting für die Hauptprüfung zu Mitgliedern der Prüfungskommission für Naturwissenschaftler an der Universität Halle für die Zeit bis Ende März 1911 ernannt worden.

**Strafkammer.**

Halle a. S., 17. Dezember 1910.

**Ein Mietsdiener.**

Der 20jährige schon mehrmals vorbestrafte Arbeiter Hermann Thomas von hier war Ende vor. Er seiner bisherigen Zimmervermieterin die Miete für drei Monate schon im Gebiete. Er trat aber in kein Quittungsbuch die drei Mietbeträge fälligkeit als bezahlt ein und verschaffte sich dann bei einem Handelsmann eine neue Wohnung, indem er das Buch als angehängt beweis für seine Pünktlichkeit im Mietverhältnis vorlegte. Wirklich bezahlte er ein halbes Jahr lang pünktlich, hieß aber schließlich wieder für drei Monate die Miete schuldig und mußte ausziehen. Er nahm dann nochmals in seinem Quittungsbuch die Miete in Anspruch, um sich bei einer Witwe durch das gleiche Betragemoment wie früher eine Unterkunft zu verschaffen. Diesmal mßte er sich jedoch die Miete. Die Strafkammer fand ihn nur den verletzten Betrag, nicht auch wie die Anklage noch des vollenden, in Tateinheit mit Irrendenbüchling schuldig und verurteilte ihn deswegen zu einem Monat Gefängnis.

**Um 25 Pfennige.**

Der schon vielfach vorbestrafte 24jährige Arbeiter Hugo Göde von hier trat am 14. November seinem Arbeitgeber, einem Kohlenhändler, eine Karaffe, und verkaufte sie für 25 Pfennige. Um 10 geringfügigen Gewinn muß er drei Monate wegen Nichtablieferung ins Gefängnis wandern.

**Mitgliedliche Zahlungsbeweis.**

Der 31jährige Mühlenselbster Richard Weinhardt in Lemel war von einer Firma in Kitzbühel, mit der er in Geschäftsverbindung stand, wegen einer Schuldforderung von 382 Mk. verklagt worden. In der Verhandlung vor dem Amtsgericht in Weiskirchen behauptete er, der eingeklagte Betrag sei bereits bezahlt. Zum Beweise legte er eine Quittung vor, die sich aber als gefälscht erwies. Vor der Strafkammer gelang Weinhardt offen ein, die Quittung selbst gefälscht zu haben. Als der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe beantragte, fragte Weinhardt kleinlaut, ob sich die Sache denn nicht mit Geld abmachen lasse. Da das Geld jedoch für die Ururteilung in Anspruch genommen worden, so mußte das Gericht auf solche erkennen, hielt aber zwei Wochen Gefängnis für ausreichend.

**Ein diebstohles Dienstmädchen.**

Das 20jährige bereits vorbestrafte Dienstmädchen Anna Thoman aus Grabisch trat ein dortigen Rothweber, zu dem sie mehrmals von ihrer Dienstherrin geschickt war, am 5. Okt. aus einem Geschloßtrah 20 Mark. Sie will freilich nur 50 Mark genommen haben. Für das Geld kaufte sie sich Kleider. Der Diebstohles war so gutmütig gewesen, ist mit feinen Darlehen auszuheilen, und hatte ihr dadurch den Aufmerksamkeiten seines Geldes verraten.

Ihr Unbunt wurde von der Strafkammer schärf gerügt und mit sechs Monaten Gefängnis wegen Urkundenfälschung beahndelt.

**Ein Butterdieb.**

Der 20jährige Dienstmädchen Friedrich Kloppe aus Repnerdorf hatte im Auftrag seiner dortigen Dienstherrin After Butter aus der Molkerei in Weiskirchen abgehoben gehabt. Durch Fälschung eines Butterzeigels mußte er sich ein Stück Butter zu erkünnen, es jedoch in der Tasche zu führen.

Seine Raubthatigkeit kommt ihm nun auf eine Woche Gefängnis wegen Urkundenfälschung und Betrag zu stehen.

**Ein unzeitlicher Reifer.**

Der 20jährige schon öfter vorbestrafte Kaufmann Walter Büschke von hier war längere Zeit für ein hiesiges Verlagsgeschäft zum Vertriebe eines Zimmeringens als Reifer tätig gewesen. In dieser Stellung ließ er sich eine größere Anzahl unzeitlicher Gelddarlehen zu Schulden kommen, um die unzeitlichen Gelddarlehen in künftiger Gesellschaft zu verhehlen. Der Staatsanwalt warf ihm vor, er habe in Gebrauch toller Weile gewirtschaftet. Die geschädigte Firma schätzte ihren nicht mehr genau feststellenden Verlust auf mehrere hundert Mark.

Unter Einwirkung zweier hiesigen Strafen wurde Büschke zu insgesamt zwei Jahren sechs Monate Gefängnis wegen Urkunde und Urkundenfälschung verurteilt.

**Weslerdieb.**

Der vorbestrafte 24jährige Arbeiter Otto Bau von hier wurde wegen Weslerdiebstahl zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Er hatte bei einer Schwägerin, die in der Nacht zum 30. Juli in der Werberburgerstraße zwischen Arbeitern gefangen worden hatte, das Weslerzeug und einem der Streitenden einen Schlag ins Gesicht; unterhalb des linken Auges verlegt. Die Verlesung war



# Kunst und Wissenschaft.

## Hochschulnachrichten.

Der Hilfsarbeiter im Kaiserl. Gesundheitsamt in Berlin Dr. Willy Kimpau wurde am 1. Januar 1911 ab zum zweiten Direktor der an der Universität München in Verbindung mit dem hygienischen Institut neuerigerten Bakteriologischen Untersuchungsanstalt berufen. — Der Julius Knoch, Oberassistent am Institut für Infektionskrankheiten in Berlin, übernimmt die zweite Direktorstelle der neugegründeten bakteriologischen Untersuchungsanstalt in Würzburg. — Dem Privatdozenten für experimentelle Therapie und Hygiene Dr. Wolfgang Reichardt in Erlangen wurde die Stelle eines zweiten Direktors der neuerigerten Bakteriologischen Untersuchungsanstalt an der dortigen Universität übertragen. — Die 50jährige Doktorjubiläumfeier bezieht am 18. des Prof. der flüssigen Biologie an der Universität Freiburg i. Br. Geh. Hofrat Dr. phil. Bernhard Schmidt. — In Köln ist der emer. od. Prof. der Geodäsie an der Techn. Hochschule in Braunschweig Geh. Hofrat Dr. phil. Karl Kopp gestorben. — Die Stuttgarter Tierärztliche Hochschule hat das Recht erhalten, die Würde eines Doktors und eines Ehrendoktors der Tierheilkunde zu verliehen.

## Chronik.

Das Präsidium der Berliner Freien Studentenschaft, Dortheimstraße 5, übermittelt der „N. Aug. Ztg.“ folgende Zuschrift: „Der turbulente Verlauf der Akademikerparlamentarung am Freitagabend hat es uns unmöglich gemacht, uns als Gesamtheit zu den gegen uns gerichteten Angriffen zu erklären. Wir verwahren uns aufs entschiedenste dagegen, daß man es wagt, auf Grund eines einzigen, noch dazu von der Leipziger Universitätsbehörde zu unseren Gunsten beurteilten Vorganges zu behaupten, die Freien Studentenschaften seien Herde zur Ausbreitung der Sozialdemokratie.“ Unsere Gegner haben in ihren Reden und durch Zuschriften die schärfsten Beschuldigungen gegen die Freistudenten und die sämtlichen Behörden ausgesprochen, ohne daß die Vertretung der Freistudenten sich zu demselben gegen nur 20 Stimmen angenommen werden, weil nach unparteiischer Feststellung gegen 400 Freistudenten und mit ihnen sympathisierende Korporierte unter Protest gegen die Gefährdung der Saal verlassen hatten. Infolgedessen können die Akten über die Versammlung noch nicht geschlossen werden. Eine zweite Akademikerparlamentarung nach den Weihnachtstagen wird der Berliner Studentenschaft Gelegenheit geben, in Ruhe zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen.“

**Thobes Nachfolger.** Als Nachfolger Henry Thobes, der bekanntlich seinen Selbstmordversuch für Kunstgeschäfte verurteilt, ist Professor Clemens aus Bonn berufen worden.

## Vermischtes.

### Eine sensationelle Aufklärung der Lichtenrader Bomben-Affäre.

Die Bombenaffäre, die sich im Juli dieses Jahres in dem Roten Lichtenrade abspielte und damals so großes Aufsehen erregte, dürfte, wie das „B. Z.“ erzählt, eine überaus seltsame Wendung genommen haben. In dem Verdict, die Höllenmaschine am Janu der Großherzoglichen Schauffee des Roten Lichtenrade zu haben, sind die beiden Verdächtigten gerichtet, die damals von dem Untersuchungsrichter mit der Oberrichter des Roten Lichtenrade beauftragt wurden. Das Kommando des Gendarmenkorps hat eine Untersuchung eingeleitet, und in Verlauf dieses Verfahrens findet am Mittwoch mittag um 12½ Uhr in Lichtenrade im Waldrestaurant, Silberstraße 19/20 ein Dr. Ostermeyer des Kriegesgerichts statt, an dem auch Vertreter der Berliner Kriminalpolizei und der Staatsanwaltschaft teilnehmen werden.

Schon während die Brüder Albert und Louis Rademeyer unter dem Verdacht, die Expressbriefe an den Gutsbesitzer Otto Kraag in Lichtenrade geliehene und die Höllenmaschine an der Großherzoglichen Schauffee infiziert zu haben, in Haft saßen, machten sich die beiden Gendarmen, die mit der Oberrichter der beiden waren, durch die Beobachtung des Roten Lichtenrade betraut worden waren, durch allerlei Verdächtigungen, die damals vor sich kamen, daß sie über ihre nachlässigen Überwachungen an der Großherzoglichen Schauffee dem Berliner Kriminalkommissar von Berg, der die Ermittlungen in der Affäre führte, falsche Angaben machen. Die Behörde ging diesem Verdacht in aller Stille nach und sammelte weiteres Material gegen die beiden Gendarmen, die aus Lichtenrade und Walsow stammen. Der Verdacht regte sich, daß die beiden, schon seit Jahren im Dienst des Gendarmenkorps befindlichen Beamten die Höllenmaschine selbst angefertigt haben, um sich der Wölfe der künftigen Beobachtung in der drückenden Sommerhitze zu entziehen und sich die Aufgabe zu erleichtern. Sie kamen dabei — wie die Untersuchung annimmt — auf den Einfall, sich des Expressbriefs, auf den sie im Kartoffelfeld warteten, in der Weise zu bedienen, daß sie ihn durch einen Alarmapparat gewissermaßen automatisch fangen wollten. Zu diesem Zweck sollten sie, wie angenommen wird, an der Stelle, die ihnen aus den amtlichen Mitteilungen der vorgelegten Beweise als der Ort bekannt war, an dem der Express die Summe von 3000 Mark abgeholt wurde, die Räte mit dem Revolver und der Handkammer abgeholt wurde, das Räte als der Täter an der betreffenden Stelle nach dem Gelde suchen würde, müßte er so falsifizieren sie — den Apparat in Tätigkeit setzen. Auf den Schuß, der dann entfiel, wollten sie hinguhen, und den Täter in aller Gemächlichkeit fesseln. Diesen Plan durchzuführen kann aber der Gutsbesitzer Kraag, indem er sich, von Neugierde getrieben, der Stelle näherte und durch seine Unvorsichtigkeit die Höllenmaschine in Bewegung setzte. Er erlitt, wie erinnerlich, eine schwere Verletzung des rechten Auges und Brandwunden im Gesicht, doch konnte ihm das Augenlicht noch geteilt werden.

Es wird abzuwarten sein, ob der Verdacht sich bestätigen wird. Von dieser Wendung bleibt natürlich die Expressbrief-Affäre vollkommen unberührt. In dieser Richtung sind ebenfalls noch Ermittlungen eingeleitet worden, deren Resultat jedoch noch nicht abzusehen ist.

### Zur Haftentlassung des Aufsehers Schulz.

Der unter dem Verdacht des Mordes an der Witwe Margarete Hoffmann am Sonnabendabend verhaftete Aufseher Otto Schulz ist Montag mittag wieder aus der Haft entlassen worden. Nach seinem Mitbeweis ist er an dem Mordtaten in Begleitung eines Mitfahrers den ganzen Tag über mit dem Aufseher von Weichselsdorf in der Wartenburg beschäftigt gewesen. Obgleich der Anwalt Dima seine Behauptungen aufrecht erhielt, wurde Schulz auf Grund des Mitbeweises wieder auf

freien Fuß gesetzt. Die Kriminalpolizei setzte sich mit dem Wartenburgs in Verbindung und hat die Zeitung „Schlag“ erwiesen erhalten, da sich der Mordverdacht als unbegründet erweisen sollte. Das Wartenburgs war mit der Wiederbestellung aus einverstanden, die Mordkommission hat sofort neue Ermittlungen eingeleitet. Um neue Spuren zu finden, wird der Revolver und der gesündene Handkammer genau beschrieben werden.

### Erdbebenkatastrophe in San Salvador.

Wie schon vor einigen Tagen gemeldet wurde, hatten die Erdbebenarten mehrere Herdbeben gemeldet, deren Verd, wie man jetzt erfährt, die südamerikanische Republik San Salvador war. **Newport, 19. Dez.** Nach einer der „Newport Times“ über Port Rimen (Newbury Soundars) zugegangenen Nachrichten hat sich infolge eines Erdbebens die Insel im Japanogio bei San Salvador gelöst. Es sollen etwa 170 Personen ertrunken sein. Der Japanogio liegt in unmittelbarer Nähe der Stadt San Salvador am Fuße des jetzt angeblich erloschenen Erdbeben vulkanischen. Die Stadt wurde schon wiederholt von Erdbeben völlig zerstört, aber immer wieder aufgebaut.

**Ein Autontasplan auf der Weltausstellung.** Die von der Firma R. Wolf, Magdeburg-Buda, auf der Weltausstellung in Brüssel ausgestellte 6000erige Heißdampflokomotive, deren Dienste sich die Ausstellungsgesellschaft für die Abbrucharbeiten der deutschen Abteilung gesichert hat, wird in der Nacht vom 14. zum 15. dieses Monats beinahe das Opfer eines Verbrechen geworden. Der diensttuende Wächter hat gegen 10 Uhr einen ihm unbekanntem Mann, der sich an der gewaltigen Maschine zu schaffen machte, aufgefordert, seine Dienstkarte zu zeigen, entfernte sich der Mann mit dem Bemerkten, daß er sich beschaffen würde. Der Wächter kontrollierte darauf eingehend die Maschine, und da er verschiedene Unregelmäßigkeiten feststellte, benachrichtigte er sofort den in der Nähe wohnenden Monteur der Firma. Bei genauer Untersuchung wurde ermittelt, daß die Sicherheitskette defekt, der Feuerbaum vollständig mit Kohlen gefüllt und das Feuer stark angefaßt war, ein Beweis, daß der Verbrecher beschäftigt hatte, den Keil zur Explosion zu bringen.

**Großfeuer in Zürich.** In der zweiten Etage eines großen Wäbelpellers in Zürich brach in der Nacht zum Sonnabend Feuer aus. In kurzer Zeit fand das ganze Gebäude in Flammen, das bis auf die Grundmauern niederbrannte. Der nur zum geringen Teile durch Versicherung gedeckte Schaden betrug sich auf eine Million Francs. Unter den verbrannten Wäbelpeller befindet sich die zur Aufzucht übergebene Wohnungseinrichtung Leopold Wöfflings.

**Die Wiener Polizeidirektion gegen die Futnaden.** Aus Wien wird uns berichtet: Die Polizeidirektion erließ eine Warnung an die Wiener Damen wegen des Tragens von Futnaden, deren Spitzen über den Hutrand hinausragen und nicht gesichert sind. Der Polizeipräsident ersucht, solche Futnaden nicht zu benutzen, ohne daß er gezwungen sei, scharfere Maßnahmen zu treffen.

## Letzte Nachrichten.

### Ein verwegener Raub.

**Dresden, 19. Dez.** Heute nachmittag gegen 5 Uhr wurde in dem am Neumarkt gelegenen Laden des Hofjuweliers Boris Crimayer ein verwegener Raub ausgeführt. Um diese Zeit kam vom Neumarkt ein junger Mann, der eine Maska von dem Gesicht trug, und stellte sich vor eines der großen Schaufenster. Wöglich gelang es ihm, mit einem Wäbelpeller einen großen Schmuckkasten und erkrankte ein Koffer und ein Perlenabspann im Werte von 90 000 Mark sowie mehrere andere Schmuckstücke, die etwa 90 000 Mark wert haben. Der Räuber wurde sofort verhaftet. Als er festgenommen war, lag er einen Revolver aus der Tasche und jagte sich eine Kugel durch den Kopf.

### Verhafteter Sacharinsmuggler.

**München, 19. Dez.** In der Nacht zum Sonntag wurde auf dem hiesigen Hauptbahnhofe der 31jährige Monteur Haibel, seine Ehefrau und ein 16jähriger Dienstmädchen verhaftet, weil sie 35 Kilo Sacharin bei sich führten, welches sie von Zürich über München nach Salzburg schmuggelt wollten. Die Frau gestand bei der Verhaftung ein, schon wiederholt Sacharinsmuggel getrieben zu haben.

### Folgerschwere Gasexplosion.

(20 Tote, über 100 Verwundete.)

**Newport, 19. Dez.** Eine Gasexplosion zerstörte die große Anlage der „Newport Central Railroads“, die mitten in der Stadt gelegen sind. Die Explosion brach in Kraftstahl, das einen ganzen Stod einnimmt, aus. Etwa 20 Personen wurden sofort getötet, mehr als hundert verletzt. Mehrere Wohnungsanlagen wurden auf die Straße gestürzt. Ein Eisenstift lag auf ein Automobil, wobei mehrere Personen getötet wurden.

### Vermischte Drahtnachrichten.

**München, 19. Dez.** Die liberale Partei hat im Wahlkreis Rothenheim, der sich im Bezirk des Zentrums befindet, aber nicht zu den stärksten gehört, als Kandidaten für die kommenden Reichstagswahlen den Gutsbesitzer Finckenswälder aufgestellt.

**Wien, 19. Dez.** Die für morgen angelegte politische Konferenz der Zollbeamten von Wien und Umgegend unterbleibt. Die Beamten wollen zunächst abwarten, was der Reichstag bei seinem Zusammentritt über die Angelegenheit der Zollbeamten beschließen wird.

### Unterhaltungsblatt.

Aufschwankender Grund. Roman von H. W. (Fortf.) — Der verworfene Sohn. Erzählung von A. Baumgart. (Schluß.) — Der Wüchertisch.

Beitrag: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Windmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Winter; für Kunst, Kunst, Vermischtes usw.: Martin Neuhartmann; für den Unterhaltungs- u. W. Martin Barth. Druck und Verlag von Otto Hübner. **Sämtlich in Halle a. S.**

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich Unterhaltungsblatt.

## Provinzial-Nachrichten.

### Ein Polizeikommissar von der Elektrischen getötet.

**Magdeburg, 19. Dez.** Heute vormittag wurde Polizeikommissar Soltau in 51, als er in der Gegend der Zeiterstraße den Breiten Weg überfahren und einem Fußwagent ausweichen wollte, von einem Straßenbahnwagen erfasst, überfahren und sofort getötet.

### Ausländisches Fleisch.

**München, 18. Dez.** Das kaiserliche Ministerium ist in betreff der Fleischmittel mit holländischen und dänischen Firmen in Verbindung getreten. Die Lieferanten: Fr. Schweinefleisch ab 200 per Zentner auf 52—54% und für Rindfleisch auf 58—63 M. franco München.

### Reiterberitt.

**Schiele, 19. Dez.** Seit heute nach Schmettern, Temperatur 0 Grad.

### Gründung eines freijährigen Vereins.

**Mittelt, 19. Dez.** Am Sonnabend wurde hier ein „fortschrittlicher Rotkreuzverein für Mittelt und Umgegend“ ins Leben gerufen. Sämtliche anwesenden Herren traten dem Verein sofort bei. Zum 1. Vorpresident wurde Fabrikdirektor Rudolph gewählt.

### Selbstmord eines Polstechnikers.

**Göthen, 19. Dez.** Der seit dem 15. Oktober 1907 hier wohnhafte Polstechniker Albert S. aus München hat sich gestern früh 4 Uhr in seiner Wohnung, Leopoldstraße, im Bett erschossen. S. lebte kurz vorher nach seiner Wohnung zurück, spielte zunächst Zither und schrieb zwei Briefe, einen an seine Eltern in München und einen an einen Freund, in denen er von demselben mit dem Bemerkten Abschied nimmt, daß er sich das Leben nehmen will. S. hat sich hierauf bescheidet auf sein Bett gelegt und sich mit einem 7 Millimeter-Revolver einen Schuß in das Herz beigebraucht, wodurch der Tod sofort eintrat. In der Hand hielt er die Photographie seiner Mutter.

Wie aus Mitteilungen in dem Elternbriefe hervorgeht, ist der junge Mann vermuthlich aus sentimentalen Sorgen freiwillig aus dem Leben geschieden. Die tiefbetrübten Eltern, die von dem Tode ihres Sohnes Kenntnis erhielten, sind heute hier eingetroffen, um die Ueberführung der Leiche nach München zu veranlassen.

**# Emmendorf, 19. Sept.** (Die Monatsversammlung des Haus- und Grundbesitzer-Vereins) war diesmal besonders gut besucht, da verschiedene wichtige Punkte auf der Tagesordnung standen. Zunächst hielt ein Hallenser Herr einen Vortrag über Versicherungsfragen, der eine lebhafte Debatte auslöste. Sodann wurden wiederum einige Mitglieder aufgenommen, so daß der Verein in heutiger Junahme besteht. Die schon länger geplante Eingabe an die zuständige Oberpostdirektion wegen Einrichtung eines Postamtes in der Gemeinde Emmendorf wurde nach lebhaftem Meinungsaustausch einstimmig angenommen; es soll der Behörde mitgeteilt werden, daß die jetzigen postlichen Zustände für den lebhaften und aufblühenden Fabrikort Emmendorf mit seinen über 4000 Einwohnern direkt unzureichend seien. Der Verkehr entzieht sich mehr und mehr dem kleinen weiß liegenden Aemchen im Nachbarort Rabemühl und lenkt sich nach der neuen Großstadt Halle, wohin man durch die elektrische Bahn schneller kommt als zum Postamt in Rabemühl. — Einige weitere interne Angelegenheiten beschäftigten die Versammlung bis zum Schluß.

**s. Beelen, 18. Dez.** (Schäferball) Auf der Woiwan-Kommando verammelten sich gestern mehr als 100 Schäfer aus weiter Umgegend nebst ihren Familienmitgliedern. Es gab da manch malerische Anblick zu sehen; zum wenigsten jeder die charakteristische, bis oben geschlossene und mit Perlmutterknöpfen reich verzierte Weite. An den nötigen Spielen und Getränken fehlte es die Wirtshaus nicht. So erfrischen wir u. a., daß allein 14 Milchkühe bereitgehalten wurden. Die Tänze waren ab und zu durch gemeinschaftlich gefundene Schäferlieder unterbrochen, die den als Naturbubbe bekannten und dem Vorlande angehörenden Schäfer S. Zieder — omen et nomen — in Collagen zum Vorleser hatten. Natürlich hatten sich auch genug Schaulustige eingefunden.

**(Schiffbau 5. Halle, 19. Dez.** (Elektrische Beleuchtung) Seit einigen Tagen ist Schiffbau elektrisch beleuchtet und zwar durch Anschließung zum Raimter. Die Nachbarorte dagegen haben bei der Ueberlandleitung Ambsorf angeschlossen.

**Mücheln, 19. Dez.** (Als eine unangenehme Begleiterscheinung) des seit einigen Jahren in hiesiger Gegend betriebenen Bergbaues macht sich an vielen Orten ein empfindlicher Mangel an gutem Trink- und Wirtschaftswasser bemerkbar. Der allgemeine Grundwasserstand ist demnach zurückgetreten, daß in manchen Dörfern die Brunnen schon versiegt sind, so daß man sich mehrfach gezwungen sieht, Wasserleitungen anzubauen.

**Pögned, 18. Dez.** (Der „Pögneder Weg“ in den Dolomiten) Die hiesige Section des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins will vom Sella-Jochaus (Dolomiten) nach der Bamberger Hütte eine direkte Wegeanlage ausbauen lassen. Die neue Anlage, die die Bezeichnung „Pögneder Weg“ erhalten soll, führt in ihrem oberen Teile herrliche Ausblicke ins Grödenertal, auf die Langkofelgruppe usw. Die Arbeiten sollen so gefördert werden, daß die neue Wegeeröffnung zu Beginn der Reisezeit fertiggestellt ist.

**Sturte, 16. Dez.** (Städtisches Gaswerk) Die Stadtverordneten beschäftigten sich in ihrer heutigen Sitzung mit der am 1. Januar 1911 stattfindenden Uebernahme der hiesigen Gasanstalten, die bis jetzt Besitz der Dessauer Gasgesellschaft waren, auf die Stadt. Es wurde beschlossen, den Kauf des Werkes in Anknüpfung zusammen zu ziehen, auf 4 050 000 M. festzusetzen. Zugleich wurde dem Kollegium der erste Jahresbericht des hiesigen Gaswerks unterbreitet. Er balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 1 533 600 M. Aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung wurde dagegen protestiert, daß sich die Stadt eine Art Monopol für die Installationsarbeiten gesichert hat. Oberbürgermeister Schmidt führte demgegenüber aus, daß die Stadt zu diesem Schritt gezwungen worden sei, denn sie habe trotz Schiedsgerichtsprüfung als integrierenden Bestandteil der Gasanstalt deren Installationsverpflichtungen mit Uebernahme und dafür 300 000 M. besonders bezahlen müssen.







Alle Kurse in Guldbreitfurt ab 22. Dezember an. Die Berliner Börse, 9. Dez. 1910

Berliner Börse, 9. Dez. 1910

Verkehr: 1. Ur. des Post. 9. Dez. 1. 1910. 2. Ur. des Post. 9. Dez. 1. 1910. 3. Ur. des Post. 9. Dez. 1. 1910. Berlin. Bankdiskont 5 1/2. Lombarddiskont 5 1/2. Privatdiskont 4 1/2.

Main table containing stock market data with columns for company names, prices, and various market indicators. Includes sections for 'Deutsche Hypoth.-Pfandb.', 'Bank-Aktien', and 'Industrie-Aktien'.